

Das aufwendige System der Kinder- und Jugendhilfen will die Eltern ändern
und hat Schwierigkeiten, die Kinder zu erreichen

Vor verschlossener Tür

Von Gerd Held

Wieder schrecken uns Meldungen auf, dass Kinder durch schwere Misshandlungen und grobe Vernachlässigung zu Tode gekommen sind. In Berlin ist ein dreijähriges Mädchen qualvoll an einem Darmriss gestorben, nach mehreren Tagen ohne jede ärztliche Hilfe. Es starb allein in seinem Kinderbett, die Mutter und ihr Begleiter waren einfach aus dem Haus gegangen und erst am frühen Morgen wiedergekommen. Der Körper der kleinen Zoe wies Blutergüsse auf, die auf Misshandlungen hindeuten. Was diesen Fall aber schier unglaublich macht, ist die Tatsache, dass in diesem Haushalt fast täglich Betreuer des Jugendamtes vorbeikamen. Eine „intensive sozialpädagogische Familienhilfe“ habe das Paar erhalten, wird von der Behörde erklärt. Wie konnte da, unmittelbar vor den Augen des betreuenden Staates, das Kind elendig zu Grunde gehen? Der Verdacht liegt nahe, dass hier die Familienhilfe nur in einem Gesprächskontakt mit den Eltern bestand und sich gar nicht direkt mit dem Kind befasst hat. Etwas läuft grundsätzlich falsch beim „Durchgriff“ des Staates auf Kinder in gefährdeten Situationen.

Freilich bedeutet das nicht, dass man einfach schneller zu drastischen Maßnahmen wie der „Fremdunterbringung“ greifen sollte. Extremfälle wie der Fall der kleinen Zoe sind nicht immer die besten Ratgeber. Hier findet man zwar leicht eine Ursache und einen Schuldigen, aber die Maßnahmen, die für solche Fälle geboten sind, versagen in der Mehrheit der Problemsituationen, weil diese komplizierter sind. Es ist nicht alles Schwarz in Schwarz in den „Problemfamilien“. Da gibt es Mütter, die ihr Kind als Last empfinden und tagelang keine Mahlzeit zubereiten; Väter, die nächtelang wegbleiben und zu Hause

gewalttätig werden. Und doch gibt es bei den gleichen Eltern auch Gefühle und Gesten der Zuwendung - und wenn sie nur in einem schnell gekauften Mitbringsel bestehen. Selten wird daraus eine richtig heile Familie, aber es kann zu einer Stabilisierung kommen, bis das Kind aus dem Gröbsten heraus ist. Diese Zweideutigkeit gilt auch für die Entwicklung der Kinder. Sie erleben ihre schwierige Situation nicht nur als Leid. Oft sind sie erstaunlich robust und behelfen sich, auf anrührende Weise, mit kleinsten Mitteln. Sie hängen an ihren Eltern, denn sie sind die einzige feste Zugehörigkeit, die sie in ihrer Welt kennen. Deshalb darf jetzt nicht die Konsequenz sein, für die Kinder „der Unterschicht“ mehr Heime und Ersatzeltern zu fordern. Gefragt sind kleinere Eingriffe, die aber wirklich die Kinder erreichen.

Die Berichte über grässliche Kinderschicksale - und mehr noch die vielen zweideutigen Fälle - verweisen auf einen entscheidenden Gefahrenpunkt: der Verlust der Außenwelt. Wo zur prekären Stellung der Eltern die Isolation des Kindes kommt, ist es stark gefährdet. Fehlhandlungen können nicht korrigiert werden; es droht, körperlich und seelisch zu verhungern. Die meisten Geschichten von gewaltsam zu Tode gekommenen Kindern beginnen mit einer geschlossenen Haustür. Eine Öffnung - und sei sie nur einen Spalt breit - ist oft die Rettung. Sicher ist der Hort oder Kindergarten und später die Schule sehr wichtig, aber ihr regelmäßiger Besuch setzt funktionierende Eltern voraus. Gegenüber größeren häuslichen Problemen sind Bildungseinrichtungen strukturell machtlos. So sind es eher kleine, lebensweltliche Außenstationen, die eine existenzielle Bedeutung bekommen - die aufmerksame Nachbarin, die Bekanntschaft auf dem

Spielplatz, der Mann mit dem Hund, der Ladeninhaber in der Nähe, die Großeltern. Eine solchermaßen geöffnete Haustür ist auch eine wichtige Quelle für die Jugendämter, um wahrhaftige Informationen über die Lage des Kindes zu bekommen. Hier kann ein wichtiges Frühwarnsystem entstehen und so funktioniert es vielfach auch schon. Oft sind es Nachbarn oder fernere Verwandte, die als erste auf Kindesleid aufmerksam machen.

An dieser Stelle darf man ruhig weiterdenken: Wäre es für die Zukunft nicht denkbar, einmal pro Woche einen festen „Kinder-Nachmittag“ zu haben, an dem die Türen etwas regelmäßiger und sichtbarer geöffnet werden? Nicht um große Straßenfeste ginge es hier, keine aufwendigen Programme sollten es sein, damit weiterhin die Nachbarin, die Eltern vom Spielplatz und der Ladenbesitzer das Sagen haben. Mit einem Wort, es müsste familiär bleiben. Auch für die etwas größeren Kinder könnten sich an so einem Nachmittag Sportvereine, Musikgruppen, Tierfreunde, Bibliotheken, Werkstätten oder Nachbarschaftstreffs öffnen und sich so für ein paar Stunden in erweiterte „Familien“ verwandeln. Und dann könnte das Jugendamt die regelmäßige Teilnahme an diesem Kinder-Nachmittag für seine Schützlinge zur Pflicht machen. Die Jugendpfleger könnten die kleineren und größeren Kinder an der Haustür einsammeln und wieder abgeben. Ob man vielleicht gar für solche Tage einen Bus chartern und einem anderen Stadtteil einen Besuch abstatten könnte? So etwas mag utopisch klingen, aber es wäre

eine einfache, handfeste Maßnahme (ganz ohne komplizierte Chipkarten), die weniger tief in die Familien eingreift, als es die Fremdunterbringung tut. Der Staat wäre gefordert, um die Kinder loszueisen – aber nicht, um sie umfassend zu hüten und das ganze Programm zu machen.

Lassen wir die Utopie einmal beiseite - zumindest wird an dieser Stelle eine Schwachstelle des bisherigen Hilfs- und Schutzsystems sichtbar. Die Kommunen zahlen jährlich 7 Mrd. Euro an „Hilfen zur Erziehung“; die 600 deutschen Jugendämter ventilieren täglich tausende Einzelfälle. Aber diese ganze Arbeit richtet sich selten direkt an die Kinder, sondern fast immer an die Eltern. Sie sollen motiviert, erzogen und kontrolliert werden – in der Hoffnung, dass davon etwas den Kindern zugute kommt. Doch diese Hoffnung trägt, besonders in kritischen Fällen führt der Weg über die Eltern nicht zum Ziel. Die Elterngespräche und internen Fallbesprechungen gleichen oft einem Stochern im Dunkel. Es fehlt ein eigenständiger, verlässlicher Zugang zu den Kindern – über die formalen und oft täuschenden Hausbesuche hinaus. Die Lösung liegt im begrenzten, aber handfesten Zugriff. „Broken windows – zerbrochene Fensterscheiben“ war in den USA ein Schlagwort für den Versuch, die Macht der Gewalt in Großstädten dadurch zu beantworten, dass man zusammen mit den Bürgern die kleinen Verwahrlosungen beseitigte. Ganz direkt, Straße für Straße. Der Versuch hatte erheblichen Erfolg. Es ist höchste Zeit, in Deutschland das Problem der verschlossenen Haustüren anzupacken.

(Manuskript vom 2.2.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT unter der Überschrift „Einen Spaltbreit offen“ am 6.2.2012)